

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 16 (1969)
Heft: 10

Rubrik: Das Bundesamt für Zivilschutz berichtet = L'Office fédéral de la protection civile communique = L'Ufficio federale della protezione civile comunica

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Das Bundesamt für Zivilschutz berichtet
L'Office fédéral de la protection civile communique
L'Ufficio federale della protezione civile comunica

Rapporte des Bundesamtes für Zivilschutz mit den Chefs der kantonalen Zivilschutzstellen vom Oktober und Dezember 1968

Frage der Kantone:

Beschaffung und Einsatz von Lehrpersonal

Antwort des Bundesamtes:

In den Art. 56 bis 58 ZSG ist die Zuständigkeit für die Ausbildung durch die Kantone, Gemeinden und Betriebe geregelt. Mit der notwendigen Intensivierung der Ausbildung in kantonalen und kommunalen Kursen wird zwangsläufig auch das Problem des Lehrpersonals immer aktueller.

Nach den heute geltenden Vorschriften werden durch den Bund die Kantonsinstruktoren ausgebildet. Durch den Besuch der Bundeskurse erwartet man vom Kantonsinstruktor, dass er sich dem Kanton für eine bestimmte Zeit zur Verfügung stellt und die geforderten Dienste als Ausbilder leistet. Schon bei der Auswahl wird nach Möglichkeit darnach getrachtet, dass der Kantonsinstruktor in der Lage ist, in verschiedenen Kursarten eingesetzt zu werden. Heute ist die Situation so, dass die Kantonsinstruktoren neben dem Einsatz für die Ausbildung der Instruktoren der Gemeinden und Betriebe auch noch zur Ausbildung der Mannschaft der verschiedenen Dienste verwendet werden.

Wenn man nun bedenkt, dass gestützt auf Erhebungen in den Kantonen rund 2350 Kantonsinstruktoren und 7000 Instruktoren der Gemeinden und Betriebe benötigt werden, die in den nächsten Jahren in 10 700 Kursen mit durchschnittlich 60 Teilnehmern zum Einsatz kommen sollten, wird klar, dass diese gewaltige Arbeitslast nach dem heutigen Prinzip der Nebenamtlichkeit nicht bewältigt werden kann.

Es stellt sich hier daher die Frage, ob nicht vermehrt vollamtliches Lehrpersonal zum Einsatz kommen muss. Nachstehend sei auf einige Aspekte des nebenamtlichen wie auch des vollamtlichen Lehrpersonals hingewiesen:

Nebenamtliches Lehrpersonal

In den Vorschriften über die Ausbildung von Kantonsinstruktoren und bis zu einem gewissen Teil auch für die Instruktoren der Gemeinden und Betriebe wird verlangt, dass dieses Lehrpersonal nach Möglichkeit in verschiedenen Kursarten eingesetzt werden kann. Diese Lösung hat auf den ersten Blick den bestechenden Vorteil, dass von der personellen

Seite aus betrachtet der Personenkreis relativ klein gehalten werden kann. Sie birgt aber den ebenso grossen Nachteil, dass das Zusammenstellen des Kursstabes mit grossen Umtrieben verbunden ist, um das unbedingt notwendige Lehrpersonal sicherzustellen. Dazu kommen bei einer intensiven Kurstätigkeit über kurz oder lang noch die Schwierigkeiten mit den Arbeitgebern, die auf die Dauer kaum gewillt sind, ihre Mitarbeiter für 3 bis 4 Wochen jährlich zur Verfügung zu stellen.

Vollamtliches Lehrpersonal

Der Einsatz von vollamtlichem Lehrpersonal bietet grosse Vorteile. Dieses Personal steht praktisch während des ganzen Jahres für Ausbildungszwecke zur Verfügung. Wir sind uns auch bewusst, dass mit bedeutenden Kosten zu rechnen ist, besonders wenn es sich um tüchtiges Lehrpersonal handelt. Immerhin muss bei einer solchen Lösung mitberücksichtigt werden, dass sie auf die Dauer für den Kanton wesentlich rationeller ist. Mit der Schaffung von Ausbildungszentren wird sich so oder so die Frage nach vollamtlichem Lehrpersonal stellen.

Das gesamte Problem des Lehrpersonals könnte erheblich vereinfacht werden, wenn das notwendige Kader der Zivilschutzorganisationen, das in absehbarer Zeit zur Ausbildung gelangt, nach der Art des Milizsystems für die Ausbildung der Mannschaft herangezogen würde.

Hiezu ist allerdings eine Aenderung von Art. 53, Abs. 3 ZSG erforderlich, um die vorgesehenen 12 Tage Dienstleistung in Form von Weiterbildungskursen auf 4 Jahre zu verteilen, d. h. während 3 Jahren je 2 Tage und im 4. Jahr 6 Tage.

Zusammenfassend muss darauf hingewiesen werden, dass die Rekrutierung sowie auch der Einsatz von Lehrpersonal gemäss den heute geltenden Vorschriften Sache der Kantone und Gemeinden ist. Es handelt sich hier um eine organisatorische Massnahme, indem der Zeitaufwand für die Ausbildung, die Anzahl der Auszubildenden und die sich daraus ergebende Anzahl von Kursen auf einen Nenner gebracht werden müssen.

Frage der Kantone:

Zuteilung von Motorfahrzeugen

Antwort des Bundesamtes:

I. Ist-Zustand

1. Die Ausrüstung des Zivilschutzes mit Motorfahrzeugen ist nur auf dem Wege der Requisition denkbar. Dafür fehlten aber bis vor kurzem die Rechtsgrundlagen. Erst mit der vom Bundesrat

am 3. April 1968 erlassenen Verordnung über die Requisition sind die Einzelheiten für Armee, Zivilschutz und Kriegswirtschaft in einer Weise geregelt worden, dass an das Problem herangetreten werden kann.

2. Die Vorbereitung der Motorfahrzeugrequisition kann von keiner anderen Stelle als der Abteilung für Transportdienst und Reparaturtruppen des Eidg. Militärdepartements durchgeführt werden. Sie verfügt für die Bedürfnisse der Armee bereits über einen eingespielten Apparat und das Personal für die Durchführung der periodischen Fahrzeuginspektionen. Die Ausweitung der Vorbereitung der Fahrzeugrequisition auf den Bedarf des Zivilschutzes erfordert bei der Abteilung für Transportdienst und Reparaturtruppen ganz erhebliche Umstellungen. Diese bedingen, besonders hinsichtlich der personellen Verstärkung, eine grössere Zeitspanne.

II. Motorfahrzeugbedarf für den Zivilschutz

3. Der Gesamtbedarf des Zivilschutzes an Zugmaschinen sowie an Fahrzeugen für die normalen Transportbedürfnisse und für die Aufrechterhaltung der Verbindungen ist bekannt, soweit es sich um die organisationspflichtigen Gemeinden handelt. Er beträgt in runden Zahlen

Motorroller, Motorräder	1 900
Personenwagen	2 700
Kleinlastwagen	11 700
Kastenwagen (Sanität)	1 700
Traktoren	5 800

4. Völlig offen ist noch die Frage des Motorfahrzeugbedarfs für die nicht organisationspflichtigen Gemeinden.
5. Der Bedarf an Strassentransportmitteln beim Ernstfalleinsatz des Zivilschutzes entzieht sich jeder Prognose. Er hängt vom Ausmass und der Art des Schadenereignisses, vom Strassenzustand und anderen ungewissen Faktoren ab.
6. Es wäre undenkbar, jeder örtlichen Schutzorganisation eine Anzahl von Transportmitteln für den zusätzlichen, aber unbekanntenen Katastrophenbedarf a priori fest zuzuteilen. Dieser vorübergehende, auf Grund einer konkreten Katastrophensituation entstehende Transportbedarf lässt sich nur in der Form des Transportpools meistern.

III. Ressourcen

7. Der dauernde Bedarf an Motorfahrzeugen, der in Ziffer 3 hiervoor erwähnt ist, wird als Grundausrüstung bezeichnet. Die Zuteilung der für die Grundausrüstung erforderlichen Motorfahrzeuge an den Zivilschutz ist grundsätzlich ohne Schwierigkeiten möglich. Die Zahl der in unserem Land vorhandenen Motorfahrzeuge dieser Kategorien erlaubt die Deckung des Gesamtbedarfs für Armee, Zivilschutz und Kriegswirtschaft.

IV. Konzeption «Totale Transporte»

8. Im Hinblick auf die durch ein Manko an schweren Lastwagen für Armee, Zivilschutz und Kriegswirtschaft zu erwartenden Konflikte unter den einzelnen Trägern der Gesamtverteidigung muss eine Konzeption «Totale Transporte» erarbeitet werden. Ein Unterausschuss des Koordinationsausschusses für zivile und militärische Lan-

desverteidigung — ein beratendes Organ des Bundesrates — arbeitet an dieser Transportkonzeption. Diese umfasst aber auch die Bahnen, Schiffe und Flugzeuge. Die Regelung der Strassentransporte wird sicher nicht separat behandelt oder vorweggenommen werden.

9. Die Konzeption der totalen Transporte ist vor allem eine Organisations- und Führungsaufgabe. Auf die Transportmittel der örtlichen Schutzorganisationen hat die Konzeption bei der Grundausrüstung keinen und beim Transportpool einen für sie nicht wahrnehmbaren Einfluss. Woher die schweren Lastwagen kommen, ist für den Ortschef unwesentlich; wichtig ist nur, dass sie kommen.

V. Faktor Zeit

10. Die Vorbereitung der Motorfahrzeugrequisition für die Grundausrüstung durch die Abteilung für Transportdienst und Reparaturtruppen kann von uns zeitlich nicht beeinflusst werden. Gewiss ist, dass der Zeitbedarf gross sein wird.
11. Spätestens im Zeitpunkt der Belegung der Fahrzeuge für den Zivilschutz müssen die mobilmachungstechnischen Entscheide für die Fahrzeugstellung getroffen sein. Auch diese müssen in engster Zusammenarbeit mit der Armee gesucht werden, denn diese verfügt auf den Korpsmehlplätzen über die ausgebildeten Schätzungsexperten und deren Spezialisten.
12. So unangenehm es klingen mag: die Vorbereitung der Motorfahrzeugrequisition für den Zivilschutz sowie der Mobilmachung dieser Requisitionsfahrzeuge wird noch viel Zeit erfordern. Weil wir sie nicht selbst durchführen können, sondern sie delegieren müssen, dürfen Sie von uns die Angabe von Terminen nicht erwarten.
13. Sollte sich inzwischen etwas ereignen, das die Ausrüstung des Zivilschutzes mit Motorfahrzeugen erfordern würde, sind
 - a) für den Einsatz zur Nothilfe direkte Vereinbarungen mit den Motorfahrzeughaltern erforderlich. Dies müsste auch nach abgeschlossener Vorbereitung der Motorfahrzeugrequisition geschehen, da die Requisition für die Nothilfe nach den heutigen Rechtsgrundlagen nicht möglich ist;
 - b) Requisition auf Grund der Requisitionsverordnung durch den Zivilschutz möglich, auch wenn sie noch nicht vorbereitet wäre und auch auf die Gefahr hin, dass sie nicht reibungslos gelingen würde.

Frage der Kantone:

Die von den Kantonen dem Bundesamt für Zivilschutz zugestellten Abrechnungen sind in der Regel während mehreren Monaten unterwegs. Sofern sich diese Fristen über das Jahresende erstrecken, hat dies zur Folge, dass im Budget vorgesehene Einnahmen nicht stattfinden, was zu unliebsamen Auseinandersetzungen mit den Finanzverwaltungen führt. Diese Situation ist unbefriedigend. Es wird dem Bundesamt beantragt, eine für die Kantone und Gemeinden zweckmässigere Lösung zu suchen. Allenfalls könnte sie darin bestehen, dass für Kurs- und Materialabrechnungen à-conto-Zahlungen ausgerichtet würden, gleich wie dies bei den Bau-Abrechnungen der Fall ist.

Antwort des Bundesamtes:

Kursabrechnungen

Ende 1967 entstanden beim Bundesamt tatsächlich Verzögerungen in der Revision der Kursabrechnungen und der Ueberweisung der Bundesbeiträge. Sie wurden zum Teil durch die Beanspruchung des Verwaltungsdienstes des BZS für die abschliessende Bearbeitung des Verwaltungsreglementes sowie durch die Vorbereitung und Durchführung der Kantonsinstruktorenkurse für Verwaltungsdienst im Januar und Februar 1968 verursacht. Im weitem sind jedoch auch zahlreiche Kursabrechnungen dem Bundesamt mit mehrmonatiger Verspätung erst auf Jahresende zur Revision zugestellt worden. Das Bundesamt verfügte damals nur über einen einzigen Revisor. So war es leider ausgeschlossen, alle eingegangenen Kursabrechnungen fristgerecht zu revidieren und die Bundesbeiträge zu überweisen. Inzwischen konnte ein zweiter Revisionsbeamter angestellt werden, so dass die Abrechnungen bereits heute in der Regel innerhalb von vier bis sechs Wochen nach Eingang erledigt werden.

Eine Anhäufung der Kursabrechnungen und der Revisionsarbeiten auf Jahresende wird nie ganz zu vermeiden sein. Das Bundesamt ist deshalb ohne weiteres bereit, auf Gesuch hin eine angemessene Vorauszahlung zu leisten, damit die Kantone und Gemeinden die Eingänge aus der Rückerstattung der Bundesbeiträge noch im laufenden Rechnungsjahr verbuchen können. Diesbezügliche Gesuche sind mit Angabe der Zahlungsfrist der Abrechnung beizulegen.

Vorschusszahlungen für Materiallieferungen

Das Bundesamt ist nach wie vor bereit, Fakturen für Vorauszahlungen auszufertigen. Solche Gesuche müssen dem Bundesamt jeweils bis spätestens 1. Dezember zugestellt werden. Der Betrag wird nach Eingang auf ein besonderes Vorschusskonto gebucht und bei der nächsten Materiallieferung in Anrechnung gebracht.

Rapports de l'Office fédéral de la protection civile avec les chefs des Offices cantonaux de la protection civile, octobre et décembre 1968

Question des cantons:

Recrutement et engagement à titre principal ou accessoire du personnel d'instruction

Réponse de l'Office fédéral:

En matière d'instruction, les compétences des cantons, des communes et des établissements sont définies par les articles 56 à 58 LPC. L'augmentation du nombre des cours d'instruction cantonaux et communaux, si nécessaire à l'essor de la protection civile, rend forcément le problème du personnel d'instruction de plus en plus actuel.

Selon les prescriptions aujourd'hui en vigueur, les instructeurs cantonaux sont instruits par la

Confédération. Mais en faisant participer ce personnel à des cours fédéraux, on attend également de lui qu'il se mette pour un certain temps à la disposition de son canton et accomplisse en tant qu'instructeur les services qu'on lui demande. Lors du choix déjà, on tient compte autant que possible du fait que l'instructeur cantonal soit dorénavant en mesure d'être engagé dans des cours de genres divers. La pratique actuelle veut que les instructeurs cantonaux soient engagés non seulement pour former les instructeurs des communes et des établissements, mais aussi pour instruire les formations des divers services.

Si l'on considère qu'il faudra à l'avenir pour les cantons, selon les résultats d'enquêtes, environ 2350 instructeurs cantonaux et 7000 instructeurs pour les communes, appelés à devoir fonctionner ces prochaines années dans quelque 10 700 cours à 60 participants chacun, il est évident qu'une telle charge de travail ne puisse plus être assumée à l'avenir selon le principe actuel de l'engagement à titre accessoire. Ainsi, on peut se poser la question si cette tâche ne doit pas être confiée à un plus grand nombre d'instructeurs cantonaux qui seraient engagés à titre principal. Envisageons donc quelques aspects de ce problème:

Instructeurs à titre accessoire

Les prescriptions concernant la formation d'instructeurs cantonaux et, en une certaine mesure, aussi celles concernant la formation d'instructeurs communaux et d'établissements, veulent que ce personnel enseignant puisse, selon les possibilités, fonctionner par la suite dans des cours de genres divers. A première vue cette solution semble présenter un avantage certain puisqu'elle permet, considérée au point de vue du personnel, de se tenir à un cercle d'instructeurs relativement restreint. Mais elle a aussi le grand désavantage de procurer beaucoup trop de difficultés pour constituer un état-major de cours permettant de pouvoir disposer en tout temps du personnel enseignant nécessaire. A cela viennent s'ajouter encore les oppositions qui tôt ou tard s'élèveront de la part des employeurs qui ne voudront guère mettre encore pour longtemps leurs collaborateurs à la disposition de la protection civile pendant 3 ou 4 semaines chaque année.

Instructeurs à titre permanent

L'engagement d'instructeurs à titre permanent présente bien des avantages. On pourrait confier à ce personnel pour ainsi dire pendant toute l'année des tâches d'instruction. Nous sommes certes conscients du fait que cela occasionnera de gros frais supplémentaires, surtout s'il s'agit d'instructeurs capables. Mais à la longue cette solution aura encore l'avantage d'être pour le canton bien plus rationnelle. Par la création de centres d'instruction, la question des instructeurs à titre principal se posera d'ailleurs quoi qu'il en soit tôt ou tard.

Mais la complexité du problème de l'instruction, pourrait être sensiblement simplifiée, si le personnel nécessaire à l'instruction des diverses formations, pouvait être recruté, comme dans l'armée de milice, parmi les cadres des organismes de protection civile, cadres qui seront d'ailleurs formés très prochainement.

Cela exigerait toutefois une modification de l'article 53, chiffre 3 LPC afin de pouvoir répartir sur 4 ans

le service prévu de 12 jours, soit sous forme de 3 cours annuels de perfectionnement de 2 jours chacun et d'un cours de 6 jours à effectuer durant la quatrième année.

En résumé, il faut tenir compte du fait que le recrutement et l'engagement du personnel instructeur sont, selon les prescriptions actuellement en vigueur, l'affaire des cantons et des communes. Il s'agit en l'occurrence d'une mesure organisatrice à prendre où le temps nécessaire à l'instruction, le nombre de personnes à instruire et le nombre de cours à instituer qui en découlent, doivent être ramenés à un dénominateur commun.

Question des cantons:

Attributions de véhicules à moteur

Réponse de l'Office fédéral:

I. Situation actuelle

1. La dotation de la protection civile en véhicules à moteur ne peut être réalisée que par le truchement de la réquisition. Mais pour ce faire, il manquait jusqu'à ces derniers temps les bases légales. C'est seulement depuis la promulgation par le Conseil fédéral de l'ordonnance du 3 avril 1968 concernant la réquisition que nous connaissons les clauses particulières à l'armée, à la protection civile et à l'économie de guerre qui, ainsi définies, permettent aujourd'hui de nous occuper de ce problème.
2. La réquisition des véhicules à moteur ne peut être préparée par aucun autre organe que par le service des transports et des troupes de réparation du Département militaire fédéral. Ce service dispose déjà pour les besoins de l'armée d'une organisation bien rodée et de personnel suffisant pour effectuer les inspections périodiques des véhicules. Il est clair que les préparatifs concernant la réquisition des véhicules à moteur pour les besoins de la protection civile exigent un remaniement assez conséquent de l'organisation actuelle du service des transports et des troupes de réparation. Ceci demandera encore passablement de temps, surtout par suite de l'augmentation du personnel qui en résulte.

II. Besoins de la protection civile en véhicules à moteur

3. Le nombre total de véhicules de traction ainsi que de véhicules pour les transports courants et pour le maintien des liaisons dont la protection civile a besoin est connu, pour autant qu'il s'agisse de communes tenues de créer des organismes de protection. Il comprend (en chiffres arrondis):

cyclomoteurs, motocyclettes	1 900
voitures automobiles	2 700
camionnettes	11 700
fourgonnettes (pour le service sanitaire)	1 700
tracteurs	5 800

4. La question des besoins en véhicules à moteur par les communes non tenues de créer des organismes de protection est encore totalement en suspens.
5. D'autre part, les besoins en moyens de transport sur route en cas d'engagement de guerre, ne peuvent pas être pronostiqués. Ils dépendent de

l'étendue et du genre de la catastrophe, de l'état des routes et d'autres facteurs imprévisibles.

6. Il est impossible d'envisager l'attribution à priori à chaque organisme de protection local d'un nombre déterminé de moyens de transport en prévision des besoins supplémentaires, mais imprévisibles, résultant de situations catastrophiques concrètes. De tels besoins, soumis à de grandes fluctuations, ne peuvent être maîtrisés que par une organisation de transports en communs (pool).

III. Ressources

7. La dotation de véhicules à moteur — désignée ci-devant sous chiffre 3 et dont la protection civile doit pouvoir disposer constamment, est désignée comme dotation de base. L'attribution à la protection civile du nombre de véhicules à moteur selon cette dotation de base devrait pouvoir se faire, en principe, sans difficultés. Le nombre de véhicules à moteur de ces catégories, qui se trouvent en suffisance dans notre pays, permet de subvenir sans autre aux besoins de l'armée, de la protection civile et de l'économie de guerre.

IV. Conception des «Transports nationaux généraux»

8. En prévision des frictions qui pourraient naître entre les porteurs de la défense nationale générale par suite du manque de moyens tractés lourds pour l'armée, la protection civile et l'économie de guerre, il y a lieu d'élaborer une conception des «Transports nationaux généraux». Une sous-commission de la commission de coordination des questions de défense nationale militaire et civile — un organe consultatif du Conseil fédéral — est chargée de l'étude de cette conception des transports. Toutefois, les problèmes relatifs aux transports par chemins de fer, bateaux et avions devront également être examinés dans le cadre de cette conception. La réglementation des transports sur routes ne sera certainement par traitée en dehors de la conception d'ensemble ou en premier lieu.
9. La conception des transports nationaux généraux est avant tout une question d'organisation et de commandement. Elle n'influencera nullement la dotation de base et n'exercera pas d'effets perceptibles sur l'organisation prévue du pool des transports. Connaître la provenance des moyens tractés lourds n'intéresse guère le chef local; l'essentiel pour lui c'est d'en recevoir.

V. Facteur temps

10. Nous ne pouvons nullement influencer le temps de préparation exigé par le service des transports et des troupes de réparation en vue de mettre au point la réquisition des véhicules à moteur selon notre dotation de base. Mais nous sommes conscients du fait que cela prendra encore passablement de temps.
11. Les préparatifs techniques de mobilisation pour la fourniture des véhicules à moteur devront être achevés au plus tard lors de la réquisition des véhicules. Ces préparatifs devront également être élaborés en étroite collaboration avec l'armée, car celle-ci dispose déjà sur les places de rassemblement de corps d'experts d'estimation bien formés et de spécialistes.

12. Aussi désagréable que cela soit à entendre, nous devons pourtant vous dire que l'organisation de la réquisition des véhicules à moteur pour les besoins de la protection civile ainsi que les préparatifs en vue de la mobilisation des véhicules réquisitionnés, exigeront encore bien du temps. Puisque cette organisation n'est pas de notre ressort, mais que nous en avons dû déléguer l'exécution, vous ne devez donc pas vous attendre à ce que nous vous fournissions des indications quant aux délais.
13. Si entre-temps des événements devaient se produire qui justifieraient l'attribution immédiate à la protection civile de véhicules à moteur, il est possible
- a) en vue d'engagements de premiers secours, de convenir avec les possesseurs de véhicules à moteur des arrangements directs; de tels arrangements devront d'ailleurs également être pris dès que l'organisation de la réquisition des véhicules à moteur sera achevée, car, selon les bases légales actuellement en vigueur, on ne peut réquisitionner des véhicules pour les interventions de premiers secours;
 - b) que la protection civile ait recours aux réquisitions selon les prescriptions de l'ordonnance sur les réquisitions, même qu'elles n'aient pas encore été organisées et au risque qu'il se produise quelques frictions.

Question des cantons:

En règle générale, les décomptes de cours envoyés par les cantons sont révisés par l'Office fédéral de la protection civile avec un retard de quelques mois. Si ces retards se produisent en fin d'année, il s'ensuit que les recettes prévues au budget de l'année courante font défaut, ce qui donne lieu à des réclamations de la part du service des finances préposé.

L'office fédéral est prié de trouver une solution satisfaisante qui pourrait consister au paiement par acompte des subventions accordées sur les frais de cours, comme ceci est le cas pour les décomptes de subventions des constructions.

Réponse de l'office fédéral:

Décomptes des cours

A la fin de l'année 1967, des retards sont effectivement intervenus à l'office fédéral dans la revision des décomptes de cours et dans le versement des subventions fédérales. Ces retards ont été provoqués en partie par un important surcroît de travail dans le service de revision de l'office fédéral, qui était chargé de la rédaction définitive du règlement d'administration, ainsi que des travaux de préparation des cours pour les instructeurs cantonaux du service administratif qui eurent lieu en janvier et février 1968. D'autre part, de très nombreux décomptes de cours n'ont été envoyés à l'office fédéral qu'en fin d'année, c'est-à-dire avec plusieurs mois de retard. A cette époque, l'office fédéral ne disposait que d'un seul reviseur. Dans ces conditions, il était malheureusement exclu de reviser tous les décomptes de cours et de procéder au versement des subventions fédérales dans les délais nécessaires. Entretemps, un deuxième reviseur a pu être engagé,

de sorte que la revision peut maintenant et en règle générale être terminée dans les 4 à 6 semaines.

L'accumulation des décomptes de cours et des travaux de revision ne pourra jamais être évitée complètement en fin d'année. L'office fédéral est cependant disposé de faire, sur demande, des paiements par acomptes, afin de permettre aux cantons et aux communes de comptabiliser les recettes que représente le remboursement de la subvention fédérale. De telles demandes sont à joindre aux décomptes des cours avec l'indication du délai dans lequel l'acompte doit être versé.

Paiements anticipés pour des livraisons de matériel

L'office fédéral est disposé, comme par le passé, d'établir des factures pour des paiements anticipés. De telles demandes doivent lui parvenir jusqu'au 1er décembre au plus tard. Les montants versés sont comptabilisés sur un compte spécial et bonifiés lors de la prochaine livraison de matériel.

Rapporti dell'Ufficio federale della protezione civile con i capi degli Uffici cantonali della protezione civile in ottobre e dicembre 1968

Domanda dei cantoni:

Formazione e impiego del personale d'istruzione

Risposta dell'Ufficio federale:

Negli articoli da 56 a 58 della LPC sono stabilite le competenze dei cantoni, dei comuni e degli stabilimenti in materia d'istruzione. Con l'indispensabile intensificazione dell'istruzione nei corsi cantonali e comunali, anche il problema del personale d'istruzione diviene di palpitante attualità.

Giusta le prescrizioni attualmente in vigore, gli istruttori cantonali sono istruiti dalla Confederazione. Da questi istruttori cantonali si attende però che, dopo aver frequentato i corsi federali, essi restino per un certo tempo a disposizione del rispettivo cantone ed assolvino tutti i servizi loro richiesti quali monitori. Già all'atto della scelta si dovrà tener presente la possibilità d'impiego del prescelto nei vari generi di corsi o di servizi. La situazione attuale esige che gli istruttori cantonali, oltre che come istruttori dei comuni e degli stabilimenti, abbiano a prestarsi anche per la formazione degli uomini e delle donne dei vari servizi.

Ove si pensi che, basandosi sulle inchieste esperite, sono necessari nei cantoni ben 2350 istruttori cantonali e 7000 istruttori dei comuni e degli stabilimenti che saranno chiamati a funzionare nei prossimi anni in 10 700 corsi, con una media di 60 partecipanti per corso, è ovvio che tale oneroso compito non potrà più essere assolto secondo l'attuale principio dell'occupazione a titolo accessorio.

Sorge pertanto la questione a sapere se tale carica non debba essere affidata ad un maggior numero di istruttori nominati a pieno impiego. Ecco alcuni aspetti di questo problema:

Istruttori a titolo accessorio

Nelle prescrizioni concernenti la formazione degli istruttori cantonali e, entro un certo limite, anche per gli istruttori dei cantoni e degli stabilimenti, si esige che questo personale d'istruzione sia possibilmente in grado di funzionare in corsi di vario genere. A prima vista, questa soluzione presenterebbe l'altamente vantaggioso di mantenere, per quanto concerne l'elemento personale, la cerchia degli istruttori relativamente ristretta. Ma essa cela anche un grave svantaggio, quello cioè di andare poi incontro a non poche difficoltà nella composizione dello stato maggiore del corso, quando si voglia disporre di un minimo indispensabile di personale insegnante. S'aggiungono in più le difficoltà che, inevitabilmente, potrebbero sorgere coi datori di lavoro non sempre disposti, in caso d'intensa attività nell'istruzione, di privarsi dei loro collaboratori per 3 o 4 settimane all'anno.

Istruttori a pieno impiego

L'impiego di personale d'istruzione a titolo permanente offre indiscutibilmente molti vantaggi. Questo personale è praticamente disponibile tutto l'anno, sebbene si sia consci del non trascurabile onere finanziario derivante, specialmente quando si tratti di personale ben qualificato. Tuttavia bisogna ammettere che questa soluzione presenta per il cantone il vantaggio non ultimo della sua razionalità. Con la creazione di centri d'istruzione, il problema del personale a pieno impiego dovrà essere risolto in un modo o nell'altro.

Tutto il problema del personale d'istruzione potrebbe essere notevolmente semplificato qualora i necessari quadri degli organismi locali di protezione, che prossimamente entreranno in piena fase d'istruzione, fossero preparati anche per l'istruzione col sistema dell'esercito di milizia.

Ciò richiederebbe non di meno una modifica dell'art. 53, cpv. 3 LPC, al fine di distribuire su 4 anni, in forma di corsi di perfezionamento, i 12 giorni di servizio previsti, arrivando così a corsi di 2 giorni per 3 anni e di 6 giorni nel quarto anno.

A mo' di riepilogo, è da dire ancora che il reclutamento, come pure l'impiego del personale d'istruzione incombe, secondo le prescrizioni attualmente in vigore, ai cantoni e ai comuni. Si tratta qui di una misura organizzativa che tenga conto del tempo necessario per l'istruzione, degli effettivi da istruire e del numero dei corsi derivanti.

Domanda dei cantoni:

Attribuzione di veicoli a motore

Risposta dell'Ufficio federale:

I. Situazione attuale

1. La dotazione della protezione civile in veicoli a motore non può essere realizzata che attraverso la requisizione. Fino a poco tempo fa mancavano però ancora le relative basi legali. Solo con l'ordinanza concernente la requisizione, emanata dal Consiglio federale il 3 aprile 1968, sono state regolate tutte le particolarità riguardanti l'esercito, la protezione civile e l'economia di guerra, in modo che è ora possibile affrontare il problema.

2. La preparazione della requisizione dei veicoli a motore può essere intrapresa solo dal Servizio dei trasporti e delle truppe di riparazione del Dipartimento militare federale, che dispone, per i bisogni dell'esercito, di un apparato ormai ben assestato e del personale necessario per l'esecuzione dell'ispezione periodica dei veicoli. È ovvio che l'assunzione da parte di questo servizio dei preparativi di requisizione anche per la protezione civile richiede un notevole rimaneggiamento dell'attuale organizzazione. Il che richiede, in modo speciale per quanto riguarda l'indispensabile aumento del personale, un certo lasso di tempo.

II. Fabbisogno della protezione civile in autoveicoli

3. Il fabbisogno totale della protezione civile in veicoli di trazione nonché in autoveicoli per i trasporti normali e per il mantenimento dei collegamenti è noto, finché si tratti dei comuni sottoposti all'obbligo di istituire un organismo di protezione. Esso comporta, in cifra tonda:

ciclomotori, motociclette	1 900
autoveicoli	2 700
camioncini	11 700
furgoni auto (per il servizio sanitario)	1 700
trattori	5 800

4. La questione del fabbisogno in veicoli a motore per i comuni non obbligati ad istituire un organismo di protezione resta completamente in sospenso.

5. Il fabbisogno di mezzi di trasporto stradali per i casi d'intervento effettivo non può essere pronosticato. Esso dipende infatti dalla dimensione e dal genere dell'evento calamitoso, dallo stato delle strade e da altri fattori imprevedibili.

6. Non sarebbe immaginabile l'attribuzione preventiva ad ogni organismo locale di protezione d'un determinato quantitativo di mezzi di trasporto per i bisogni supplementari ma imprevedibili in caso di catastrofe. Questo fabbisogno transitorio e subordinato ad una speciale situazione d'emergenza può essere coperto solo sotto forma di trasporti in comunità.

III. Riserve

7. Il costante fabbisogno in autoveicoli, fatto rilevare più sopra al numero 3, va considerato quale dotazione di base. L'attribuzione di questa massa d'autoveicoli alla protezione civile può essere attuata, di massima, senza speciali difficoltà. Il numero di veicoli a motore delle categorie citate, attualmente esistenti nel nostro paese, è tale da soddisfare tutto ciò che occorre tanto all'esercito quanto alla protezione civile e all'economia di guerra.

IV. Concezione dei trasporti totali

8. In previsione dei conflitti che potrebbero derivare tra i singoli componenti della difesa nazionale integrata causa la mancanza di autocarri pesanti a destinazione dell'esercito, della protezione civile e dell'economia di guerra, dev'essere ovviamente arrivare ad una concezione dei «trasporti totali». Di questo sta appunto occupandosi una speciale sottocommissione della commissione di coordina-

mento per la difesa nazionale civile e militare, che è un organo consultivo del Consiglio federale. Tale nuova concezione deve però tenere in considerazione anche le ferrovie, i battelli e gli aeroplani. La regolamentazione dei trasporti stradali non sarà certamente trattata né separatamente né in priorità.

9. La concezione dei trasporti totali è avantutto un compito d'organizzazione e di comando. Essa non si farà risentire sensibilmente sui mezzi di trasporto degli organismi locali di protezione per quanto attiene alla dotazione di base ed alla comunità di trasporto. Per il capo locale, la provenienza degli autocarri pesanti non ha importanza; l'essenziale è che gli stessi siano realmente disponibili.

V. Fattore tempo

10. I preparativi per la requisizione dei veicoli a motore, richiesti come dotazione di base, da parte del Servizio dei trasporti e delle truppe di riparazione non possono essere influenzati né accelerati da parte nostra. È certo che tali preparativi assorbiranno ancora molto tempo.
11. Le decisioni tecniche di mobilitazione per la consegna degli autoveicoli dovranno essere prese, per la protezione civile, al più tardi all'atto della requisizione stessa. Anche queste decisioni devono essere cercate in stretta collaborazione con l'esercito, dato che esso dispone, nelle piazze di riunione di corpo, di periti di stima istruiti e dei relativi specialisti.
12. Per quanto spiacevole possa apparire una costatazione del genere, sta di fatto che l'organizzazione della requisizione dei veicoli a motore destinati alla protezione civile, nonché i preparativi per la mobilitazione dei veicoli stessi richiederanno ancora molto tempo. Non ci è quindi possibile asserire quando il tutto sarà pronto, poichè la faccenda esorbita dalla nostra sfera di competenza.
13. Qualora nel frattempo, per circostanze speciali, si dovesse provvedere immantinente alla fornitura di autoveicoli per la protezione civile, si potrà ricorrere ad una di queste due soluzioni:
 - a) scendere ad accordi diretti con i detentori degli autoveicoli, quando questi siano indispensabili per l'intervento in caso di soccorso urgente. Ciò dovrebbe avvenire anche a preparativi ultimati, poichè la requisizione per il soccorso urgente non è ancora possibile secondo le attuali basi legali;
 - b) procedere, da parte della protezione civile, alla requisizione in base all'ordinanza concernente la requisizione, anche se tutti i preparativi non sono ancora ultimati e non paventando il rischio di tutti i contrattempi che ne potrebbero derivare.

Domanda dei cantoni:

Di regola, i conteggi presentati dai cantoni all'Ufficio federale della protezione civile restano in sospeso per diversi mesi. Quando questi ritardi si producono verso la fine dell'anno, anche gli introiti previsti in bilancio non si avverano, suscitando non poche dispute con le amministrazioni delle finanze. Questa situazione è insoddisfacente. L'Ufficio federale è perciò invitato a trovare una soluzione opportuna tanto per i cantoni quanto per i comuni. Al caso, si potrebbe anche per i conteggi dei corsi e del materiale arrivare a dei pagamenti in acconto, come già avviene per le costruzioni.

Risposta dell'Ufficio federale:

Conteggi dei corsi

Alla fine del 1967 si sono effettivamente prodotti dei ritardi da parte dell'Ufficio federale nella revisione dei conteggi dei corsi e nel versamento dei sussidi federali. Tali ritardi erano dovuti in parte all'immenso lavoro che i servizi amministrativi dell'UFPC dovevano sobbarcare, in particolare per la stesura e la messa a punto del regolamento d'amministrazione, ma anche causa la preparazione e lo svolgimento dei corsi per gli istruttori cantonali del servizio d'amministrazione nei mesi di gennaio e febbraio 1968. In più, molti conteggi sono stati trasmessi per revisione all'Ufficio federale con molti mesi di ritardo e solo alla fine dell'anno. L'Ufficio federale disponeva allora di un solo revisore. Era perciò materialmente impossibile verificare tempestivamente tutti i conteggi pervenuti e, di conseguenza, provvedere al pagamento dei sussidi federali. Nel frattempo è stato assunto un secondo revisore, così che ora i conteggi possono essere liquidati di regola nel termine di 4 a 6 settimane.

Certo, un'accumulazione dei conteggi dei corsi e dei lavori di revisione alla fine dell'anno non potrà mai essere completamente evitata. L'Ufficio federale è perciò disposto ad accordare, dietro analogha richiesta, dei pagamenti anticipati, affinché i cantoni e i comuni possano iscrivere nella contabilità dell'anno in corso anche le entrate dipendenti dal rimborso dei sussidi dovuti dalla Confederazione. Le domande al proposito dovranno essere allegate al conteggio, indicando altresì il termine di pagamento desiderato.

Pagamento in acconto per forniture di materiale

Come già per il passato, l'Ufficio federale è disposto ad allestire delle fatture per pagamenti anticipati. Tali domande devono però giungere all'Ufficio federale entro il primo dicembre di ogni anno. L'importo ricevuto sarà di poi iscritto su un conto speciale e detratto alla susseguente fornitura.

Neu: Computersatz

jetzt noch rascher
und leistungsfähiger für

**Buchdruck
Offset
Siebdruck
Zeitungsrotation**

Vogt-Schild AG
Buchdruckerei und Verlag
4500 Solothurn 2
Telefon 065 2 64 61
